



Gemeinderat

Niederschrift

Über die 1. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 4. März 2010 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:10 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
2. Bgmstv. Herbert Mayer
StR Ing. Bernhard Wolf
StR Mag. Manfred Jenewein
StR Hubert Niederbacher
StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler
GR Eva Lungner
GR Richard Reinalter
GR Norbert Lettenbichler
GR Simone Luchetta
GR Markus Gerstgrasser
GR DI Andreas Pfenniger
GR Hansjörg Unterhuber
GR Thomas Lechleitner
GR Mag. Kurt Leitl
GR Ing. Roland König
GR-Ers. Mathias Niederbacher
GR-Ers. Helene Eberl

Abwesend und
entschuldigt:

GR Stefan Oberdorfer
GR Franz Huber

Weiters an-
wesend:

Mag. Elisabeth Reich
Ing. Konrad Sailer
Walter Gaim

Schriftführerin:

Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Stadtrates
Vertrag TIWAG – Entschädigungszahlung Kraftwerk Prutz-Imst; Einsatzzentrum – Auftragsvergabe Baumeisterarbeiten; Dienstbarkeitsvertrag ÖBB – Park & Ride Anlage; Kaufvertrag Bezirksfürsorgeverein
3. Antrag des Überprüfungsausschusses
Haushaltsüberschreitungen
4. Waldumlage 2009
5. Übernahme Rate ERP-Kredit der Venet Bergbahnen AG
6. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Grundverkauf an Leonhard Köck; Grundankauf von Frau Irmgard Frischmann bei den Faiquellen; Verpachtung von Holzlagerplätzen in Perjen/Uferstraße; Sondergebrauch von öffentlichem Straßengrund auf Gp. 63/14 (Geschäftshaus Rainalter)
7. Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses
Örtliche Raumordnung: Flächenwidmungsplanänderung Prandtauersiedlung; Bebauungsplan Fischerstraße Hairer/Raggl
8. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses
Wohnungsvergaben
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges
10. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge ersucht der Vorsitzende um Aufnahme eines weiteren Antrages betreffend die Venet Bergbahnen AG. Gemäß § 35 TGO wird der Verhandlungsgegenstand „Venet Bergbahnen AG – Haftungsübernahme als Bürge und Zahler“ aufgenommen und nach TO-Punkt 5) Übernahme Rate ERP-Kredit der Venet Bergbahnen AG behandelt. Sodann geht er auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Gemeinderates vom 10. Dezember 2009 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: Anträge des Stadtrates

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Vertrag TIWAG – Entschädigungszahlung Kraftwerk Prutz-Imst

Die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG betreibt das Kraftwerk Prutz-Imst und das Kaunertalkraftwerk. In Ergänzung zum Entschädigungsübernahmevertrag Kaunertal vom 11. August 1966 wird ein weiterer Vertrag mit den Gemeinden Prutz, Faggen, Fließ, Landeck, Zams, Schönwies, Mils bei Imst, Imsterberg, Imst, Jerzens, Wenns, Arzl im Pitztal und der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG abgeschlossen.

Die TIWAG verpflichtet sich darin, zur zusätzlichen Abgeltung der in der Vergangenheit bis einschließlich 2009 eingetretenen Beeinträchtigungen, eine Einmalzahlung von Euro 1.500.000,-- zu tätigen. Des Weiteren verpflichtet sie sich, ab 2010 in Abgeltung künftiger Beeinträchtigungen jährlich eine erfolgsabhängige Ausgleichszahlung, errechnet aus der tatsächlichen Jahresstromerzeugung des Kraftwerkes Prutz-Imst, an die Gemeinden zu bezahlen.

Die Abgeltung der einmaligen Pauschalabgeltung und der jährlichen Ausgleichszahlungen auf die Gemeinden erfolgt nach einem Aufteilungsschlüssel. Für die Stadtgemeinde Landeck beträgt dieser 7,00 von Hundert. Der Vertrag wird auf die Dauer der verliehenen Bewilligungen für das Kraftwerk Prutz-Imst einschließlich aller Wiederverleihungen abgeschlossen und ist innerhalb dieses Zeitraumes von allen Seiten unkündbar.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 9. Februar 2010 mit dem Vertrag, der dieser Niederschrift als Bestandteil beigeschlossen wird, befasst und ersucht den Gemeinderat diesem zuzustimmen.

StR Mag. Manfred Jenewein spricht in diesem Zusammenhang seinen Dank an Bgm. Hanspeter Bock aus, der maßgeblich und federführend am Zustandekommen des Vertrages beteiligt war.

GR Ing. Roland König fragt an, ob von der TIWAG bezüglich der Restwassermengen eine Nebenabsprache getroffen worden ist und verweist er in diesem Zusammenhang auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Der Vorsitzende antwortet, dass es in diesem Vertrag keine Nebenabsprachen gebe und diesbezüglich auch nichts festgeschrieben wurde.

Beschluss:

Mit dem vorliegenden Vertrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b. Einsatzzentrum – Auftragsvergabe Baumeisterarbeiten

Im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung des Einsatzzentrums für die Stadtfeuerwehr, Bergrettung, Wasserrettung und den Bezirks-Feuerwehrverband, wurde seitens des Ingenieurbüros Rudigier/Spiss die projektsgegenständlichen Baumeisterarbeiten ausgeschrieben, wobei nachstehendes Offertergebnis zustande gekommen ist:

1. Hilti & Jehle	€ 1.080.000,00
2. Strabag	€ 1.108.696,87
3. Alpine	€ 1.120.292,05
4. Swietelsky	€ 1.185.987,88
5. ARGE Goidinger	€ 1.187.475,39
6. Fröschl	€ 1.193.573,43

Die vor angeführten Preise sind Nettopreise ohne die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Darüber hinaus wurden Angebote von den Firmen Porr, AT-Thurner Bau, Maurer Wallnöfer und Hitthaler gelegt, welche aufgrund der Unvollständigkeit der Offerte und sonstiger Mängel nicht berücksichtigt werden konnten bzw. vom Wettbewerb ausgeschlossen werden mussten.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 09. Februar 2010 mit dem vorliegenden Ergebnis der Ausschreibung befasst und empfiehlt bzw. beantragt, den Baumeisterauftrag an die Best- bzw. Billigstbieterunternehmung Hilti & Jehle zum Preis von 1.080.000,00 Euro vergeben zu wollen.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler bemerkt, dass man aufgrund der Offertergebnisse feststellen könne, dass eine angespannte Situation im Baugewerbe vorherrsche. Die Fa. Hilti & Jehle halte er jedenfalls für eine sehr seriöse Firma.

GR Richard Reinalter bedankt sich beim Vorsitzenden für sein Engagement, denn insbesondere durch sein rasches Handeln ist es gelungen, dieses Projekt innerhalb kürzester Zeit in Angriff zu nehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Auftragsvergabe der Baumeisterarbeiten an die Fa. Hilti & Jehle zu vergeben.

c. Dienstbarkeitsvertrag ÖBB – Park & Ride Anlage

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich StR Ing. Bernhard Wolf befangen und verlässt den Sitzungssaal.

In der Vereinbarung zur Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten im Personenfern- und Personennahverkehr im Bereich des Bahnhofes Landeck vom 29.09.2003 haben sich die ÖBB verpflichtet, die grundbücherliche Eintragung der Park&Ride-Anlage zu

Gunsten der übrigen Vertragspartner im Gegenzug für die wertmäßige Einrechnung der Grundflächen in die Kostenaufteilung zu veranlassen.

Die ÖBB haben nun beigefügten Dienstbarkeitsvertrag vorgelegt. Die Stadtgemeinde Landeck übernimmt die Park & Ride-Anlage gemäß der einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages bildenden Vereinbarung vom 29.09.2003. Die Kosten der Errichtung und Verbücherung des Vertrages tragen die ÖBB.

Der Gemeinderat wird ersucht, dem vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag zuzustimmen. (Der Dienstbarkeitsvertrag wird dieser Niederschrift beigeschlossen).

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass bereits im Jahr 2003 mit der ÖBB, dem Land Tirol und der Republik Österreich eine Vereinbarung zur Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten im Bereich des Bahnhofes Landeck abgeschlossen wurde. In dieser Vereinbarung wurde festgehalten, dass die ÖBB die grundbücherliche Eintragung der Nutzung der Grundstücke als Park&Ride-Anlage im Gegenzug für die wertmäßige Einrechnung der Grundflächen in die Kostenaufteilung bezüglich der Herstellung der vereinbarungsgegenständlichen Anlagen veranlassen. Da dies bisher nicht erfolgt ist, kann nun die Verbücherung dieses Rechts auf Drängen der Stadtgemeinde Landeck durchgeführt werden.

2. Bgmstv. Herbert Mayer erinnert an die in diesem Zusammenhang geführten Beratungen im Stadtrat die Schlussrechnung betreffend und erklärt, dass sich der Stadtrat einig war, dass Herr Dr. Sallinger konsultiert und um seine Einschätzung gebeten werden soll. Er möchte nun wissen, ob schon ein Ergebnis vorliegt.

GR Mag. Kurtl Leitl erkundigt sich, um welchen Betrag es sich dabei handelt und ob die Bedeckung dafür gegeben ist.

StR Mag. Manfred Jenewein antwortet, dass sich die Schlussrechnung auf ca. Euro 140.000,-- belaufe und im außerordentlichen Haushalt bereits eingerechnet worden ist. Er fügt hinzu, dass der Anteil der Stadtgemeinde Landeck nach Begleichung der Schlussrechnung immer noch weniger ausmache, als im Vertrag vereinbart worden ist.

In diesem Zusammenhang kommt es zu einer kurzen Debatte über die neuerliche Schlussrechnung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich die Schlussrechnung auf den abgeschlossenen Vertrag berufe. Mit Dr. Sallinger werde er Kontakt aufnehmen und sodann über den Ausgang des Gesprächs berichten.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Abschluss des Dienstbarkeitsvertrages für die Park & Ride-Anlage sodann einstimmig einverstanden.

d. Kaufvertrag Bezirksfürsorgeverein

Die Stadtgemeinde Landeck ist Eigentümerin der Gste 1894 und .799 in EZ 581 mit einem Gesamtausmaß von 513 m² (Kreuzbühelgasse 5). Auf dieser Liegenschaft besteht seit 8. April 1930 ein Baurecht zugunsten des Bezirksfürsorgevereins, welches mit Gemeinderatsbeschluss vom 10. Mai 2007 bis 7. April 2030 verlängert worden ist. Der Bezirksfürsorgeverein beabsichtigt nun, die Liegenschaft käuflich zu erwerben.

Der Kaufpreis beträgt Euro 75.000,--. Sollte sich der Bezirksfürsorgeverein auflösen, so fallen die Grundstücke der Stadtgemeinde Landeck zu. Im Falle des Verkaufs der Grundstücke oder im Falle der Vermietung des Objekts an einen Dritten bzw. eine Einrichtung, die nicht der Förderung des Sozial- und Gesundheitswesens dienlich und auf Gewinn ausgerichtet sind, ist im Vertrag eine entsprechende Regelung vorgesehen.

Der Stadtrat hat sich in seinen Sitzungen vom 20. Jänner, 8. September und 17. November 2009 mit dem Verkauf der Liegenschaft befasst. Der Gemeinderat wird ersucht, beigefügtem Kaufvertrag zuzustimmen.

Beschluss:

Mit dem Abschluss des Kaufvertrages mit dem Bezirksfürsorgeverein erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 3) der TO.: Anträge des Überprüfungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Überprüfungsausschusses, GR Ing. Roland König, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag:

Haushaltsüberschreitungen

Der Überprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2010 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, die in der Beilage angeführten Ausgabenüberschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Der Überprüfungsausschuss weist darauf hin, dass die Zustimmung des Überprüfungsausschusses eine formalrechtliche Sanierung der Haushaltsüberschreitungen im Nachhinein darstellt und die Bestimmungen des § 95 Abs. 4 der TGO 2001, wonach Ausgaben, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind oder die dessen Ansätze übersteigen und nur aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses im unerlässlichen Ausmaß geleistet werden dürfen, nicht eingehalten wurden.

Er erörtert einige Ausgabenüberschreitungen, zB merkt er bei den Aufwendungen für den Sockelbereich der Landesmusikschule/Klösterle an, dass man bisher immer darauf verwiesen wurde, dass es sich hierbei um kostenlose Garantieleistungen handeln würde. Die Mehrausgaben für den Sozial- und Gesundheitssprengel resultieren aus den Altlasten, welche jedoch im Jahr 2009 aufgearbeitet wurden. Die Kosten für die Überdachung der Wartezone beim Busparkplatz in der Malserstraße waren ursprünglich für 2010 vorgesehen, wurden jedoch vorgezogen. Die Überschreitungen bei der Sanierung der Thialquellen resultieren daraus, dass die Sanierung doch wesentlich aufwändiger ist, als ursprünglich angenommen.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch er davon ausgegangen ist, es handle sich bei der Sanierung des Sockelbereiches um eine Garantieleistung. Nach Überprüfung wurde vom Denkmalamt festgestellt, dass dem leider nicht so ist. Er betont, dass von der Gesamtsumme in der Höhe von Euro 2.916,40 vom Bundesdenkmalamt Euro 1.874,-- zurückerstattet worden sind und zudem in diesem Betrag Euro 876,-- enthalten sind, die für Ausbesserungsarbeiten oberhalb des Sockels aufgewendet werden mussten, welche im Zuge dessen mitausgebessert worden sind.

Zu einer kurzen Diskussion kommt es hinsichtlich des prognostizierten Überschusses des Sozial- und Gesundheitssprengels in der Höhe von Euro 50.000,-- im Geschäftsjahr 2010.

Der Vorsitzende erklärt, dass dieser Überschuss zwar signalisiert worden ist, jedoch noch nicht exakt vorliege. Er wäre jedoch sehr froh darüber, wenn der Verein einen Gewinn erzielen und damit auch Rücklagen anlegen könnte.

Vom Gemeinderat werden die Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis genommen.

Pkt. 4) der TO.: **Waldumlage 2009**

Der Obmann des Finanzausschusses, StR Mag. Manfred Jenewein, verliest nachstehenden Antrag der Finanzverwaltung:

Die Finanzverwaltung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 10 der Tiroler Waldordnung 2005 mit 50 % für den Wirtschaftswald und mit 15 % für den Schutzwald im Ertrag zu erheben.

Die für das Jahr 2009 zu vereinnahmende Waldumlage beträgt daher EUR 34.719,26.

Beschluss:

Damit erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden,

Pkt. 5) der TO.: **Übernahme ERP-Kredit der Venet Bergbahnen AG**

Der Obmann des Finanzausschusses, StR Mag. Manfred Jenewein, verliest nachstehenden Antrag der Finanzverwaltung:

Die Finanzverwaltung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die am 1. April 2010 fällige Rate des ERP-Kredites FT 313 der VenetBergbahnen AG, mit dem Anteil von 55 %, das sind

Euro 49.920,94

zu übernehmen.

Die Übernahme der Rate ist als rückzahlbarer Zuschuss, d.h. als Forderung gegenüber der Venet Bergbahnen AG, zu verstehen.

Beschluss:

Für vorliegenden Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

Gemäß § 35 TGO wird der zusätzliche Tagesordnungspunkt „Venet Bergbahnen AG – Haftungsübernahme als Bürge und Zahler“ aufgenommen und behandelt:

Der Vorsitzende, Bgm. Engelbert Stenico, verliest nachstehenden Antrag:

Die Venet Bergbahnen AG hat im Jahr 2009 für anstehende Baumaßnahmen ein Darlehen in Höhe von Euro 3 Mio. bei der Volksbank Landeck aufgenommen. Die Stadtgemeinde Landeck (zu 55 %) und die Gemeinde Zams (zu 45 %) haben für dieses Darlehen die Haftung als Bürge und Zahler übernommen.

Die Venet Bergbahnen AG plant, dieses Darlehen um Euro 1,9 Mio. aufzustocken. Dies ist notwendig, um die Mehrkosten des Investitionspaketes 2008 – 2010 sowie nicht finanzierte Betriebsabgänge abzudecken.

Der Gemeinderat der Stadt Landeck beschließt, für den Betrag von Euro 1,9 Millionen die Haftung als Bürge und Zahler zu übernehmen (zu 55 %), unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde Zams die Haftung für die restlichen 45 % übernimmt.

Die Rückzahlung dieser Euro 1,9 Mio. soll mit Anfang 2011 beginnen.

Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat der Stadt Landeck, gemeinsam mit dem Tourismusverband Tirol West und der Gemeinde Zams (zwischen den Gemeinden im Aufteilungsschlüssel 55 % Landeck zu 45 % Zams) die für die Tilgung dieser Euro 1,9 Millionen notwendigen Mittel der Venet Bergbahnen AG über einen Zeitraum von 15 Jahren zur Verfügung zu stellen.

Er berichtet, dass am Sonntag die Fraktionsvertreter der Gemeinden Landeck und Zams sowie Vertreter des Tourismusverbandes über die allgemeine Finanzsituation sowie den benötigten Finanzbedarf von Euro 1,9 Mio. informiert worden sind.

Er erklärt in weiterer Folge, dass im Jahre 2008 – nach dem Beschluss der Eigentümer mit der fixen finanziellen Zusage für die nächsten 15 Jahre – das Investitionspaket in Angriff genommen wurde. Die beschlossenen Investitionen haben sich auf die von den Eigentümern als wesentlich bezeichneten Bereiche – Beschneidung, Restaurant und Speicherteich – konzentriert. Die Sommer-Investitionen wurden durch die finanzielle Zusage des TVB ermöglicht. Dazugekommen ist die unbedingt notwendige Errichtung der Garage im Gipfelbereich (Euro 200.000,--). Die Modernisierung der Pistengeräte (Euro 200.000,--) wurde aufgrund des großen Einsparungspotentials für den laufenden Betrieb mit aufgenommen.

Anfang 2010 wurde dieses Investitionspaket abgeschlossen, mittlerweile liegen auch fast alle Rechnungen vor. Daher konnten auch jetzt die Informationen an die Eigentümer erfol-

gen. Er teilt mit, dass die Beschneigungsanlage mit Euro 1.250.000,--, wie vorgesehen, abgeschlossen werden konnte und es zu keinen Mehrkosten in diesem Bereich gekommen ist. Der Speicherteich wurde mit Euro 1.400.000,-- abgerechnet, wobei es zu Mehrkosten in der Höhe von Euro 550.000,-- kam. Beim Panorama-Restaurant gab es Mehrkosten in der Höhe von Euro 200.000,--, wobei er anmerkt, dass dies nicht im Zusammenhang mit dem Planungsbüro LEGOS stehe. Die Sommer-Investitionen konnten exakt mit Euro 200.000,-- abgerechnet werden. Insgesamt stehen somit Mehrkosten in der Höhe von Euro 750.000,-- zu Buche.

Zum Betriebsabgang 2008/09 führt er aus, dass seit einigen Wochen die Bilanz für das Finanzjahr 2008/09 vorliege. Trotz einer Umsatzsteigerung von rund Euro 100.000,-- ergab das Finanzjahr einen Abgang von Euro 439.000,--. Auf dieses schlechte Jahresergebnis wurde mittlerweile auf mehreren Ebenen reagiert: der Personalstand wurde reduziert, auch die Reparatur- und Treibstoffausgaben konnten durch die Erneuerung der Pistengeräte bzw. detaillierte Planung von Geschäftsführer Holzknecht bereits jetzt reduziert werden.

Vom Vorstand wurden aufgrund des bereits geschilderten Finanzierungsbedarfes (Mehrkosten Investitionen und Betriebsabgang 2008/09) Geschäftsführer Holzknecht, Buchhalter Walter Eiterer und Steuerberater Richard Schweisgut beauftragt, eine Gesamtdarstellung der finanziellen Situation der AG auszuarbeiten. Diese liegt mittlerweile vor und wurde am 23.2.2010 dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Dabei wurde ein Kassasturz gemacht und der Liquiditätsbedarf ermittelt und eine Vorschau bis Mai 2010 durchgeführt. Daraus ergibt sich ein Finanzbedarf von Euro 1,9 Millionen. Diese Mittel werden von der Venet AG benötigt, um „bei Null“ starten zu können.

Grob zusammengefasst setzt sich dieser Betrag wie folgt zusammen:

Mehrkosten Speicherteich	550.000
Mehrkosten Restaurantumbau	200.000
Nicht finanzierte Investitionen	450.000
Betriebsabgang 2009/2009	439.000
Nicht ausfinanziert (z.B. Rifenal-Parkplatz; neue Gondeln; alte Abgänge)	261.000
GESAMT	1.900.000

Auch er sei von dieser Nachricht sehr betroffen und gibt er zu, dass es kein günstiger Zeitpunkt für eine derartige Entscheidung ist. Er möchte jedoch keine Zeit versäumen und ist er der Meinung, dass die Zukunft des Unternehmens noch vor der Wahl gefällt werden sollte. Er bemerkt abschließend, dass es in den letzten 10 Monaten doch sehr viele positive Signale gegeben habe und die heurige Saison sehr gut laufe. Dank der neuen Beschneigungsanlage gebe es durchgehend gute Pistenverhältnisse und konnten leichte Umsatzsteigerungen und Besuchersteigerungen verzeichnet werden.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler betont, dass ihm und auch seine Fraktion der Venet sehr am Herzen liege. Allerdings ist er als Gemeinderatsmitglied darauf angewiesen, dass er Informationen bekommt. Solche Informationen blieben jedoch vollkommen aus und ist er über die aktuelle Informationspolitik sehr enttäuscht. Es werde von einem Betriebsabgang

aus der Saison 2008/2009 von Euro 439.000,-- gesprochen – für ihn ist ein derart großer Abgang absolut nicht erklärbar. Zudem bemerkt er, dass die Saison mit 30.04.2009 abgeschlossen wurde und erst 10 Monate später eine Bilanz vorliege – für ihn leicht fahrlässig. Zudem stelle er sich die Frage ob es überhaupt eine Kostenrechnung gebe und fragt er an, ob es einen positiven Prüfbericht gebe. Weiters merkt er an, dass die Kostenüberschreitungen beim Speicherteich auf falsche Einschätzungen der geologischen Verhältnisse zurückzuführen sind. Diesbezüglich möchte er wissen, ob es ein geologisches Gutachten gebe und ob die Gutachter eventuell zur Verantwortung gezogen werden könnten. Außerdem müsse er feststellen, dass immer wieder auf Fehler aus der Ära des ehemaligen Betriebsleiters Walter Siegele verwiesen werde, welcher keine Möglichkeit habe, sich zur Wehr zu setzen. Er appelliert daran, dies in Zukunft zu unterlassen. Die Geschäftsführung obliege dem Vorstand und stellt er fest, dass auch Herr Gerhard Holzknecht kein Geschäftsführer ist, sondern den Betrieb leite. Die Aufsichtsratsmitglieder sowie die Vorstandsmitglieder haften zwingend und solidarisch. Die Aufgaben des Vorstands sind im Aktiengesetz klar definiert und sind diese dabei an keine Weisungen gebunden, es bedarf lediglich einer Bewilligung durch den Aufsichtsrat. Abschließend verdeutlicht er nochmals, dass für ihn alles nicht prüfbar ist, da keinerlei Unterlagen vorliegen und findet er die Informationspolitik einfach nicht fair.

Der Vorsitzende gibt zu, dass die Informationspolitik auch anders laufen hätte können. Er stellt fest, dass der Vorstand dem Aufsichtsrat gegenüber verpflichtet ist und dem stets nachgekommen ist. Er verweist darauf, dass auch Bgmstv. Herbert Mayer im Aufsichtsrat vertreten ist und hätte StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler auch bei ihm diverse Informationen einholen können. Des Weiteren weist er den Vorwurf, über getätigte Schuldzuweisungen den ehemaligen Betriebsleiter betreffend, vehement zurück. Der Name „Walter Siegele“ wurde von niemanden erwähnt. Zum Kritikpunkt Speicherteich informiert er, dass Dr. Kappacher derzeit rechtliche Schritte gegen den Gutachter prüfe. Außerdem erläutert er, dass die Euro 550.000,-- nicht allein bei der Baufirma angefallen sind, sondern schlage sich die Rodung mit Euro 136.000,-- zu Buche sowie die Aufforstung und Wegsanierung mit Euro 107.000,--. Er ist der Auffassung, dass es nicht Aufgabe eines Vorstandes ist, eine Ausschreibung durchzugehen. Des Weiteren stellt er fest, dass die Bilanz einen Prüfbericht vorweisen könne, welcher durch den Steuerberater Dr. Schweißgut erstellt worden ist. Eine kurzfristige Erfolgsrechnung gebe es, jedoch nicht in der Form, wie es vielleicht notwendig gewesen wäre. Er verdeutlicht, dass es in den letzten Jahren sehr turbulente Zeiten gegeben habe, in der zeitweise niemand zuständig war. Auch wurde von Seiten des Vorstandes sehr viel Zeit investiert und konnten in den letzten 1,5 Jahren der größte Teil der Investitionen abgewickelt werden. Er betont, dass sich die Fraktionen in der „Krisensitzung“ am Sonntag bereit erklärt haben, das Investitionspaket aufzustocken, um den Finanzbedarf bis Ende Mai abzudecken. Der Bahn sollte dann nach Abzug der alten Kredittilgungen noch ein Restbetrag übrig bleiben, mit dem in Zukunft Abgänge abgedeckt werden können.

Bgmstv. Herbert Mayer stellt fest, dass man in letzter Zeit sehr viel Geld in den Venet investiert hat und das Bemühen vorhanden ist, den Venet auch im Sommer attraktiver zu gestalten. Mittlerweile habe man am Venet die benötigte Infrastruktur und könne einem der vorhergesagte Umsatzzuwachs zuversichtlich stimmen. Er bekräftigt, dass die ÖVP-Fraktion voll hinter dem Venet stehe, allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen. Er fügt hinzu, dass auch im Aufsichtsrat die Zahlen nicht detailliert dargestellt worden sind und merkt er an, dass man sich schon leichter getan hätte, wenn man die Zahlen schriftlich in der Hand

gehabt hätte. Außerdem weist er darauf hin, dass er im Zuge der Budgetberatung in der Sitzung des Finanzausschusses am 30. November 2009 den Vorsitzenden gefragt habe, ob man am Venet mit den veranschlagten Investitionskosten das Auslangen finden werde. Die Antwort daraufhin lautete, man findet das Auslangen. Insbesondere wird von ihm die Kostenüberschreitung beim Panorama-Restaurant kritisiert.

Der Vorsitzende informiert, dass sich die Kostenüberschreitung beim Restaurantumbau wie folgt zusammensetzt:

Instandhaltung	Euro 40.000,--
Höhere Eigenleistungen	Euro 50.000,--
Vorbereitung Schiweg Süd	Euro 60.000,--
Erneuerung der Schischränke	Euro 50.000,--

Er erwähnt weiters, dass man sich sowohl beim Speicherteich als auch beim Panorama-Restaurant eines eigenen Bauausschusses bedient habe. Darüber hinaus entgegnet er, dass er im November gewusst habe, dass es zu Kostenüberschreitungen kommen wird, jedoch noch nicht wissend, um welche Summe es sich dabei handelt.

GR Ing. Roland König erläutert, dass er am Sonntag erstmals von der brisanten Finanzlage des Venets erfahren habe und wurden ihm die Informationen, die er verlangt hat, zur Verfügung gestellt. Insgesamt müsse er aber auch feststellen, dass der Informationsfluss intern und extern nicht ganz korrekt laufe. Er könne nicht ganz nachvollziehen, warum der Aufsichtsrat erst am 23.02.2010 vom „Finanzdesaster“ erfahren habe und verstehe er auch nicht, warum die Diskussion um den zusätzlichen Finanzbedarf noch vor der Gemeinderatswahl „durchgepeitscht“ werden muss. Er fügt hinzu, dass laut Aktiengesetz der Vorstand dem Aufsichtsrat vierteljährlich zu berichten habe. Er äußert seine Bedenken hinsichtlich der Finanzierbarkeit. Denn dies würde nach positiver Beschlussfassung bedeuten, dass die Stadtgemeinde Landeck mit zusätzlichen Kosten von Euro 70.000,-- pro Jahr zu rechnen habe. Außerdem stelle sich für ihn dann die Frage, ob dieser Betrag zu halten sein werde oder ob dieses Thema nach zwei Jahren wieder zu behandeln ist. Außerdem regt er an, die Venetbahn vom Landesrechnungshof prüfen zu lassen.

Aufgrund des in der Gemeinderatssitzung vom 5.5.2010 von StR Ing. Roland König eingebrachten Antrages für die Genehmigung der Niederschrift wird die Wortmeldung von StR Ing. Roland König um folgenden Nachtrag ergänzt:

Bedingungen für eine Zustimmung der FPÖ für die Venet-Aufstockung:

Vergangenheit:

1. Überprüfung der Sachlage wie es zu der Kostenexplosion gekommen ist.
2. Entsprechende Auskünfte müssen vom Geschäftsführer, den Planern, den Vorständen gegeben werden.
3. Welcher Informationsfluss war zu den Aufsichtsräten? Wann haben die es tatsächlich gewusst?
4. Gibt es eine Geschäftsordnung für den Vorstand? Für den Aufsichtsrat? Für den Geschäftsführer? Zum Bsp.: die Unterschriftenregelung für Bestellungen-Auftragsvergaben, ect.

5. Welche Ausschreibungen wurden gemacht? Was wurde von wem in Regie vergeben, wer wusste davon?
6. Vorschlag: da auch 700.000,- € öffentliche Gelder vom Land enthalten sind, könnte mit so einer Überprüfung vielleicht auch der Landes- Rechnungshof beauftragt werden. Sollte sich herausstellen, dass fahrlässliche Handlungen zu dieser Geschäftsgebarung geführt haben, so ist eine Anzeige an die Staatsanwalt zu stellen.
7. Sollte der Rechnungshof Tirol nicht prüfen, so muss die Prüfung von den beiden Überprüfungsausschüssen der Gemeinden übernommen werden und damit von den Gemeinderäten beauftragt werden und die Zustimmung dafür vom Vorstand und dem Aufsichtsrat ausdrücklich, schriftlich erteilt werden! Der Tourismusverband kann dazu ebenfalls einen Überprüfer entsenden.
8. Eine Entlastung der Vorstände und des Geschäftsführers durch den Aufsichtsrat, darf nur nach Vorliegen des Überprüfungsberichtes erfolgen, um eventuell strafrechtlichen Konsequenzen zu ermöglichen.
9. Sollten diese Punkte heute nicht eine Zustimmung der Mehrheit im Gemeinderat erhalten, so wird die Fraktion der FPÖ heute dem Antrag nicht zustimmen.
10. Eine ordentliche Abwicklung, bei so viel Geld, müsste eigentlich zuerst vom Finanzausschuss vorbereitet werden, und nicht in einer nun noch zusätzlichen Husch-Pfusch Aktion vor den Gemeinderatswahlen durchgepeitscht werden. Das die amateurhaften „SPÖ Hobby-Vorstände und selbst ernannten Finanzexperten“ und der von den sogenannten ÖVP Wirtschaftsexperten im Aufsichtsrat erst am 23.Feb. von dem Finanzdesaster erfahren haben und die Misere nun rasch gelöst haben wollen, zeigt ihr Bemühen, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, um von dem vom SPÖ/ÖVP Sumpf zu verantwortenden „Grabberg Geldvernichtungsmaschinerie“ rasch den Mantel des Vergessens zu legen, nach dem Motto: Hinter mir die Sintflut!

Zukunft:

Erstellung von praktikablen Geschäftsordnungen für den Geschäftsführer, den Vorstand und den Aufsichtsrat, damit keine Wiederholung des „griechischen“ Finanzdesaster erfolgen kann.

Enthalten muss sein, die verpflichtende Quartalsbericht Erstattung in den Gemeinderäten über die Entwicklung der Finanzgebarung und des Personalstandes.

Jedes Jahr muss ein Jahresbudget vorgelegt werden und ein entsprechender Soll-Ist Vergleich, beim Quartalsbericht vorlegen.

Mittelfristige Budgetplanungen für 3 Jahre müssen jährlich fortgeschrieben werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Geschäftsberichte vierteljährlich dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Er hätte auch kein Problem damit, eine Quartalsberichterstattung an den Gemeinderat zu tätigen. Zur Anregung, den Landesrechnungshof hinsichtlich einer Prüfung zu beauftragen merkt er an, dass er nicht genau wisse, ob dies in den Zuständigkeitsbereich des Rechnungshofes falle.

StR Mag. Manfred Jenewein bemerkt, dass ihm der Zeitpunkt für diese Diskussion auch nicht passe, aber er spreche sich für eine ehrliche Umgangsweise mit der Situation aus und müsse jetzt ein Zeichen von Verantwortung übernommen werden. Er ist der Meinung, dass die Mehrkosten glaubwürdig vermittelt worden sind und jene unvorhergesehene Ausgaben (zB Modernisierung der Pistengeräte) im Hinblick auf Einsparungspotentiale für den laufenden Betrieb gerechtfertigt sind. Überrascht war auch er über den Betriebsabgang 2008/09, zumal es keine Signale dafür gegeben habe. Mittlerweile habe man erste Konsequenzen

daraus gezogen – 6 Mitarbeiter wurde in Folge eines neuen Personalkonzeptes aus der Probezeit nicht übernommen. Wichtig sei nunmehr, die benötigten Mittel von Euro 1,9 Mio. zur Verfügung zu stellen, damit die Venet AG wieder bei Null starten kann. Er betont, dass alle gefordert sind, mitzuhelfen und ist er der Meinung, dass auch mit der Gemeinde Fließ ein ernstes Wort bezüglich einer Investitions-Beteiligung gesprochen werden sollte.

GR Mag. Kurt Leitl stellt fest, dass es letztendlich nicht viel Alternativen gebe. Würde heute der Gemeinderat den Beschluss nicht fassen, müsste die Venetbahn AG Konkurs anmelden. Seiner Meinung nach ist schon zu hinterfragen, wie es soweit kommen konnte. Es wird immer davon gesprochen, dass alles begründbar und nachvollziehbar ist, dennoch müsse er sich die Frage stellen, warum dann die Informationen an den Gemeinderat nicht bzw. nur spärlich erfolgt sind. Er müsse auch feststellen, dass in dieser Diskussion kein einziges Mal von Überlegungen hinsichtlich Einsparungsmaßnahmen gesprochen wurde oder nur ansatzweise in diese Richtung Überlegungen angestellt werden. Für ihn wäre es jetzt wichtig, einen sogenannten Kassasturz zu machen, wo alles auf den Tisch gelegt wird. Außerdem ist er der Auffassung, dass ein Marketingkonzept – wie bereits von StR Ing. Thomas Hittler angesprochen – erstellt werden müsste. Man müsse letztendlich auch wissen, wie und wo der Venet in 5 bzw. 10 Jahren stehen wird. Außerdem ist für ihn noch die Frage offen, ob in diesen Euro 1,9 Mio. noch Reserven vorhanden sind. Zudem wäre es seines Wissens nach notwendig, das Budget der Venet AG dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Aus all den vorerwähnten Gründen sind für ihn noch nicht alle offenen Fragen geklärt und stellt er daher nachstehenden Antrag des AAB-Landeck:

Der AAB-Landeck bezieht sich auf den vorliegenden Antrag des Bürgermeisters mit dem Titel „Venet Bergbahnen AG – Haftungsübernahme als Bürge und Zahler“ und bringt dazu folgenden Abänderungsantrag ein:

- 1) Innerhalb einer Woche soll entsprechend der TGO eine Gemeinderats-Sondersitzung zum Thema „Genauer Finanzbedarf der Venet Bergbahnen“ einberufen werden. Der vorliegende Antrag des Bürgermeisters soll in dieser Sitzung auf folgende Weise abgeändert werden.
- 2) Der Gemeinderat der Stadt Landeck möge ferner beschließen, die Haftung für den zur Rede stehenden Betrag von maximal 1,9 Millionen Euro nur unter den Bedingungen zu übernehmen, dass
 - a) ein überprüfbares Zahlenwerk für alle Abweichungen und Überschreitungen inklusive der notwendigen Erläuterungen und Begründungen innerhalb der nächsten Tage den Fraktionen zur Beratung zugeht.
 - b) das für den wirtschaftlichen Weiterbestand des Unternehmens dringend erforderliche professionell zu erstellende Marketingkonzept spätestens zu den Startvorbereitungen der kommenden Wintersaison dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.
 - c) ein fundiertes Strategiepapier bezüglich der zukünftigen bestgeeigneten Gesellschaftsform unter Beiziehung von Expert/innen aus den Bereichen Unternehmensführung, Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaft bis zum Start der kommenden Wintersaison ausgearbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt wird, um eine Umgründung zu ermöglichen. Da zweifellos feststeht, dass die derzeitige behäbige Form einer AG es geradezu verhindert, dass unser Unternehmen Venet nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten mit klaren

Verantwortlichkeiten geführt werden kann. Nicht zuletzt deshalb, da die TGO die Beteiligung einer Gemeinde an erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen an sehr strenge Auflagen gebunden hat.

Der AAB Landeck ersucht um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass der Vorstand den Buchhalter und Steuerberater sowie Herrn Holzknecht beauftragt habe, einen „Kassasturz“ zu machen. Dieser liege jetzt vor und betrage in Summe Euro 1,9 Mio. Er verstehe nicht ganz, was er mit einem Kassasturz meine, dieser liege ja bereits vor. Zum Thema Gesellschaftsform erklärt er, dass er dieser Diskussion schon relativ müde sei. Es liege bereits ein fertiges Papier vor, und da brauche es seiner Meinung nach keine Experten mehr – es müsste nur durch den Aufsichtsrat beschlossen werden. Dass auch er sich für die Ausarbeitung eines Marketingkonzeptes ausspreche, stehe außer Zweifel. Marketingkonzepte habe es schon mehrere gegeben. Bei einem schlechten Winter ist jedes Marketingkonzept „dahin“. Herr Holzknecht werde sich nach Abschluss des Investitionspaketes damit spezifisch auseinandersetzen, momentan stehe dafür einfach keine Zeit zur Verfügung.

Zu einer längeren Diskussion kommt es in diesem Zusammenhang über die Besetzung der Bürgermeister als Vorstandsmitglieder.

Der Vorsitzende erinnert sich zurück: Als die Nachbesetzung des Vorstands anstand, war niemand bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Bürgermeister seien nach dem Rücktritt der Vorstände gezwungen gewesen, das Amt zu übernehmen, sonst hätte die Bahn nicht aufsperrern können. Er betont, dass der Lohn für diese Arbeit mit einer Saisonkarte abgegolten werde, ansonsten sei es eine ehrenamtliche Arbeit, die zudem sehr viel Zeit in Anspruch nehme.

GR Thomas Lechleitner erinnert, dass man vor ca. 2 Jahren genau dieselbe Debatte am Tisch hatte und sei man nach der damaligen Beschlussfassung davon ausgegangen, dass man den Venet nicht weiter im Gemeinderat behandeln müsse. Er findet den Vorschlag von GR Mag. Kurt Leitl nicht so schlecht – jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für einen radikalen Schritt, nämlich die Auflösung der AG. Seiner Meinung nach ist man als Politiker nicht in der Lage, ein derartiges Unternehmen zu führen.

GR Ing. Roland König stellt fest, dass jedem bewusst sein müsse, dass der Venet nie auf Gewinn orientiert sein werde. Er plädiert noch einmal für eine Überprüfungsmöglichkeit durch den Landesrechnungshof, ansonsten sollte sich der Prüfungsausschuss der Gemeinde damit auseinander setzen.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler bemerkt, dass man sich auch der Verantwortung bewusst sein müsse, wenn man ein derartiges Amt annimmt. Er stellt weiters fest, dass er dem Zusatzantrag sehr viel abgewinnen könne. Ein Marketingkonzept sei für den wirtschaftlichen Weiterbestand ebenso notwendig wie ein mittelfristiger Finanzplan.

Der Vorsitzende erörtert, dass von Seiten der bestehenden Bahn keine Überraschungen zu erwarten sind. Alle Bahnen verfügen über eine Konzessionsbewilligung – die Weinbergbahn bis 2043, die Rifenalbahn bis 2042, die Venetbahn bis 2028 und die Südbahn bis 2023. Si-

cherheitstechnische Adaptierungen und laufende Revisions- und Wartungsarbeiten werde es jedoch jährlich geben.

StR Mag. Manfred Jenewein plädiert dafür, den Antrag des Bürgermeisters in der ursprünglichen Form zu beschließen. Eine Sondersitzung finde er nicht angebracht und ist er überzeugt davon, dass bis zu den Budgetberatungen im Herbst alle über die genauen Zahlen informiert worden sind. Er könnte sich durchaus auch vorstellen, dass von jeder Fraktion ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsandt wird. Damit könnte das sogenannte „Informationsdefizit“ ausgeglichen werden.

GR Mag. Kurt Leitl ist überzeugt, dass an der Spitze des Venets jemand stehe müsste, der von der Materie Seilbahnwirtschaft etwas versteht. Es müsse in Zukunft einen professionellen Vorstand geben, der den Fortbestand der Bahn garantieren kann. Dies hält er nach wie vor für den wichtigsten Faktor. Er bemerkt zudem, dass es sich bei seinem Antrag um einen Abänderungsantrag handelt und nicht um einen Gegenantrag.

Zu einer kurzen Diskussion kommt es hinsichtlich des § 45 TGO, welcher Antrag zuerst zur Abstimmung gebracht werden soll.

Der Vorsitzende lässt sodann über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt den Antrag des Bürgermeisters mit 13 Ja-Stimmen und 6 Gegenstimmen für angenommen.

Weiters bittet der Vorsitzende über den Abänderungsantrag von GR Mag. Kurt Leitl abzustimmen.

Beschluss:

Der Abänderungsantrag wird vom Gemeinderat mit 6 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen der Venet Bergbahnen AG und deren Mitarbeiter für diese notwendige „Finanzspritze“. Dies sei ein sehr positives Signal und auch Motivation für die Geschäftsführung und die Mitarbeiter.

Pkt. 6) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, z. Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort. Er verliest nachstehende Anträge:

a) Grundverkauf an Leonhard Köck

Bei der Grenzkommisionierung für die an Leonhard Köck mit Gemeinderatsbeschluss vom 24.9.2009 verkaufte Teilfläche im Ausmaß von 15 m² aus Gp. 1278/1 hat der Grundkäufer den Wunsch um Überlassung einer größeren Fläche (24 m²) bis zu seiner Grundstückszufahrt geäußert.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 2.12.2009 mit dieser zusätzlichen Grundüberlassung zu den bereits beschlossenen Grundverkaufsbedingungen einverstanden erklärt und ersucht den Gemeinderat dazu um den ergänzenden Beschluss.

Beschluss:

Mit vorliegendem Antrag des Bau- und Wasserausschusses erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b) Grundankauf von Frau Irmgard Frischmann

Nach der Grenzkommisionierung und Vermessung der von der Stadtgemeinde Landeck zu erwerbenden Wald- und Wiesenfläche im Bereich des Hochbehälters Perfuchsberg bzw. den Faiquellen hat sich herausgestellt, dass die ursprünglich vom Stadtbauamt aus der digitalen Katastermappe ermittelte Gesamtfläche von ca. 6.000 m² ein tatsächliches Flächenausmaß von 6.767 m² aufweist.

Die Grundverkäuferin Frau Frischmann verlangt deshalb über ihren Anwalt Dr. Moser eine Anpassung bzw. Hochrechnung des ursprünglich auf Basis von 6.000 m² ermittelten Pauschalkaufpreises in Höhe von Euro 20.000,-- auf das neue Flächenausmaß, was abgerundet ein Kaufpreis in Höhe von Euro 22.500,-- ergibt.

Auf Grund seiner Beratung am 19.1.2010 beantragt der Bau- und Wasserausschuss die Anpassung des vom Gemeinderat am 5.11.2009 beschlossenen Kaufpreises auf Euro 22.500,--.

Beschluss:

Mit der Anpassung des Kaufpreises auf Euro 22.500,-- ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

c) Verpachtung von Holzlagerplätzen in Perjen/Uferstraße

Der Bau- und Wasserausschuss beantragt auf Grund seiner Beratung am 19.1.2010 die Weiterverpachtung der nachstehend angeführten und aufgekündigten Holzlagerplätze zu denselben Bedingungen des Vorpächters (jährliches Pachtentgelt Euro 41,89, jederzeitige Kündigungsmöglichkeit mit einer Kündigungsfrist von 2 Monaten, udgl.):

a) Vom zwischenzeitlich verstorbenen Pächter Albl Alexander
an Hauser Leonhard, Obere Feldgasse 3

b) Von Albert Wörz (wohnhaft im Altersheim Landeck)
an Krismer Herbert, Kirchenstraße 38

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung zu diesen Weiterverpachtungen ersucht.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

d) Sondergebrauch von öffentl. Straßengrund auf Gp. 63/14 (Rainalter)

Für die Abstützung des Flugdaches schentenseitig des Geschäftshauses Rainalter auf der stadteigenen Mauer beantragt der Bauausschuss die Einräumung einer Gestattung zum Sondergebrauch von öffentlichem Grund auf Gp. 63/14 wie folgt:

- Die Gestattung gilt auf unbestimmte Zeit mit einer jederzeitigen Widerrufs-möglichkeit seitens des Straßenerhalters und auf die Bestandsdauer des Flugda-ches.
- Falls die auf Gp. 63/14 stehende Mauer für ein Straßenbauvorhaben benötigt wird, ist das Flugdach von Herrn Rainalter auf eigene Kosten innerhalb einer angemessenen Frist zu entfernen oder umzubauen.

Der Gemeinderat wird um die Zustimmung zu dem Sondergebrauch gemäß § 5 des Tiro-ler Straßengesetzes ersucht.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Bau- und Wasserausschusses ein-stimmig einverstanden.

Pkt. 7) der TO.: Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- und Verkehrs-ausschusses, StR Ing. Bernhard Wolf, das Wort und verliest nachstehende Anträge:

a. Änderung des Flächenwidmungsplanes – BRUGGEN – Prandtauersiedlung
- Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 26. Jänner 2010 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, die Auflage und den Entwurf für nachstehende beabsich-tigte Änderung des Flächenwidmungsplanes zu beschließen, wobei der Entwurf jedoch nur dann rechtswirksam wird, wenn hierzu innerhalb der Auflagefrist keine Stellung-nahmen von einer berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden:

Umwidmung einer Teilfläche der Gp. 1226/62 von Freiland in Wohngebiet (§38 Abs. 1 TROG) laut beiliegendem Änderungsplan.

Der beabsichtigten Umwidmung liegen die Stellungnahme und der Änderungsplan des Stadtbauamtes zugrunde.

Beschluss:

Mit der Änderung des Flächenwidmungsplanes erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b. Allgemeiner Bebauungsplan "A65 ÖD - Fischerstraße A"

Ergänzender Bebauungsplan „A65/E1 ÖD - Hairer/Raggl“ - Auflage/Beschluss-fassung

Nach erfolgter Beratung am 11. Februar 2010 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf des Allgemeinen Bebauungsplanes „A65 ÖD – Fischerstraße “ (gemäß §56 Abs. 1 TROG 2006), betreffend

der Gpn 2610/30, 2610/31, 2610/32, 2610/33, 2610/34, 2610/35, 2610,36
und Bpn. .1221, .1222, .1248, .1249, .1254, .1255, .1256

und den Entwurf des ergänzenden Bebauungsplanes „A65/E1 ÖD – Hairer/Raggl “ (gemäß §56 Abs. 2 TROG 2006), betreffend
der Gpn 2610/30, 2610/31
und Bpn. .1221, .1222

gemäß §65 ff TROG 2006, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahmen einlangen – zu beschließen.

Den Bebauungsplanentwürfen liegen die Erläuterungsberichte und die planlichen Darstellungen des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in denen die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegendem Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses einstimmig einverstanden.

Pkt. 8) der TO.: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, StR Hubert Niederbacher, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung vom 14.01.2010 beantragt, nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt zu vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

die 2-Zi-Wohnung Salurnerstraße 2, Top 8 (nach Baldauf) an
LADNER Daniel, Landeck, Brixnerstraße 8,

die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 47, Top 4 (nach Tröber) im Tauschwege an
KASERER Thomas, Landeck, Urichstraße 47,

die 2-Zi-Wohnung Urichstraße 47, Top 2 (nach Kaserer) wurde an
SENN Robert, Landeck, Lötzweg 59
(Rücktritt Stenico Barbara – lt. telef. Umlaufbeschluss v. 03.02.2010 erfolgte WZ an Senn Robert)

die 1-Zi-Wohnung Brixnerstraße 2, Top 2 (nach Storch) an

HEEL Dominic, Landeck, Brixnerstraße 8,

die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 57, Top 3 (nach Falkner) an
PAMMER Claudia, Landeck, Fischerstraße 118,

die 3-Zi-Wohnung Malserstraße 19 (nach Gitterle-Wille) an
JUEN Christoph, Strengen, Weiher 208 a,

die 3-Zi-Wohnung Lötzweg 53 (nach Nöbl) befristet auf 3 Jahre an
PATRICK Sonja, Landeck, Prandtauerweg 5 und

die 3-Zi-Wohnung Malserstraße 19 - bisheriger Mieter Siegele Erwin - wurde an seine Lebensgefährtin **MARK Claudia**, welche bereits in der Wohnung wohnhaft ist, überlassen.

Beschluss:

Mit den beantragten Wohnungsvergaben erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

WOHNUNGSVERGABEN „JOSEF-STAPF-STRASSE“

- | | | |
|-----|----|---|
| Top | 1 | SIX Marcel, Landeck, Brixnerstraße 12 |
| Top | 2 | MAIR Adrian, Landeck, Malserstraße 34 |
| Top | 3 | JUNGBLUT Hubert, Landeck, Lötzweg 59 |
| Top | 4 | BOMBARDELLI Martina, Landeck, Lötzweg 28 |
| Top | 5 | GAIM Angelika, Prutz, Dorfstraße 33 a |
| Top | 6 | LENFELD Denise, Landeck, Schrofensteinstraße 14 |
| | | |
| Top | 7 | LADNER Martin u. Elvira, Landeck, Adamhofgasse 2 |
| Top | 8 | MARTH Sabine u. OBERPRANTACHER Jasmin, Landeck, Lötzweg 14 |
| Top | 9 | TRAGUST Christine, Landeck, Brixnerstraße 9 |
| Top | 10 | SCHLATTER Markus u. WÜRFL Sabine, Landeck, Kirchenstraße 17 |
| Top | 11 | HAMERLE Michael u. GRÖBNER Iris, Landeck, Lötzweg 71 |
| Top | 12 | RIMML Christina u. GERSTGRASSER Dominik, Landeck, Paschegasse 8 |
| | | |
| Top | 13 | HUBER Michael, Landeck, Lötzweg 6 a |
| Top | 14 | PLANGGER Jasmin, Imst, Unterm hohen Rain 14 |
| Top | 15 | HAINZ Manuela, Landeck, Burgweg 5 a |
| Top | 16 | SABIC Omer, Landeck, Obere Feldgasse 3 |
| Top | 17 | PLATT Nadja, Landeck, Urichstraße 51 |
| Top | 18 | MARTH Christiane u. SCHÄRMER Klaus, Landeck, Kirchenstraße 33 b |
| | | |
| Top | 19 | ZANGERLE Michaela u. Benjamin, Landeck, Leitenweg 63 a |
| Top | 20 | KNOLL Sabine, Landeck, Urichstraße 36 |
| Top | 21 | BIRNBAUMER Simon u. DOBLER Nina, Landeck, Lötzweg 65 |
| Top | 22 | KUMMER Anita, 6571 Strengen, Hof 223 |
| Top | 23 | DJURDJEVIC Sreten, Landeck, Perfuchsberg 21 |
| Top | 24 | KOFLER Michaela u. BRAUN Christoph, Landeck, Lötzweg 61 |

Beschluss:

Der Gemeinderat ist mit den beantragten Wohnungsvergaben „Josef-Stapf-Straße“ einstimmig einverstanden.

Er berichtet zum Abschluss seiner Tätigkeit als Obmann des Wohnungsausschusses, dass es in den vergangenen 12 Jahren nur einstimmige Beschlüsse gegeben hat und während dieser Zeit ca. 800 bis 1000 Wohnungen zugewiesen werden konnten. Er bemerkt, dass es bei Besetzungen neuer Wohnanlagen hinsichtlich Ausländer- bzw. Migrantenanteil immer wieder Kritik der Gegenparteien gegeben hat, aber nie wurde von der ÖVP bzw. FPÖ-Fraktion ein Antrag bzw. ein Vorschlag diesbezüglich eingebracht. Die SPÖ-Fraktion war es, die vor zwei Jahren einen Vorschlag bezüglich der Integration gemacht hat und daraufhin im Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde, den 30%-Anteil an Migranten bei Wohnungszuweisungen in neuen Wohnanlagen nicht zu überschreiten. Auch gab es nie einen Vorschlag bezüglich der Vergaberichtlinien. Er habe die Vergaberichtlinien im Ausschuss im Jahre 1999 ins Leben gerufen und dienen diese insbesondere dafür, dass nach bestimmten Kriterien überhaupt ein Ansuchen bei der Stadtgemeinde abgegeben werden kann. Er erklärt, dass in den letzten 6 Jahren ca. 400 Wohnungen vergeben werden konnten und gab es dabei einen Ausländer- bzw. Migrantenanteil von etwa 5 – 10 %. Er betont, dass 100 % der Zuwanderer von privaten Vermietern untergebracht werden. Darüber hinaus habe er während dieser Zeit auch viele positive Rückmeldungen erhalten und wurde ihm auch zuerkannt, dass der Wohnungsausschuss von ihm korrekt geführt wird. Allerdings könne er dann nicht verstehen, dass im Wahlkampf das Thema „Migration“ derart stark in den Vordergrund gerückt werde und bezieht er sich in diesem Zusammenhang auf eine bezahlte Einschaltung von StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler in der Rundschau. Er findet es tragisch, dass jemand auf eine derartige Weise Aufsehen erregen muss und derartige Lügen verbreitet.

StR Hubert Niederbacher meint zu GR Ing. Roland König, dass er ihn als Mensch, Politiker und Privatperson schätze. Die Wahlwerbung der FPÖ sei jedoch schockierend. Die FPÖ spreche sich in ihren Plakaten gegen Zuwanderung aus und findet er es befremdend, dass GR Ing. Roland König seine politischen Ideen als Werksleiter der Donau Chemie nicht umsetzen kann. Er erklärt, dass in den drei Donau-Chemie-Häusern in der Innstraße insgesamt 26 Personen mit türkischer Herkunft untergebracht worden sind. Er ist der Meinung, dass er als Werksleiter dagegen einwirken und somit auch die Zuwanderung kontrollieren hätte können.

Zum Wahlthema der ÖVP – „Jobs und Betriebsansiedlungen vor Wohnungen“ - bemerkt er, dass auch die ÖVP den Beschluss zum Bau der Citypassage mitgetragen habe. Außerdem stellt er an Bgmstv. Herbert Mayer die Frage, wo die Stimmen der ÖVP beim Verkauf des Gewerbegrundstückes in Bruggen waren.

GR Ing. Roland König erklärt, dass die Immobilien über die Gesellschaft abgewickelt werden und er darüber keinen Einfluss ausüben könne.

Bgmstv. Herbert Mayer dementiert, dass sich die ÖVP-Gemeinderatsfraktion sehr wohl zu den Vergaberichtlinien geäußert und auch Vorschläge und Beiträge geliefert habe. Auch wurde immer wieder Kritik über die Anzahl der Wohnungen bei der Citypassage geäußert. Das Bemühen bestehende Gewerbeflächen für Betriebsansiedlungen zu nutzen, sei ständig vorhanden und werde immer wieder versucht, eine aktive Betriebsansiedlungspolitik zu betreiben.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler ist sehr verärgert darüber, dass er in der Öffentlichkeit als Lügner bezeichnet wird, und fordert er StR Hubert Niederbacher auf, sich dafür zu entschuldigen.

StR Hubert Niederbacher gibt an, dass er nicht wisse, wofür er sich entschuldigen sollte. Er stehe zu seiner getätigten Aussage.

Pkt. 9) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a. GR Ing. Roland König erinnert daran, dass seit der Umdrehung der Malserstraße bereits über ein Jahr vergangen ist und erkundigt er sich, ob bereits eine Evaluierung stattgefunden hat.

Der Vorsitzende antwortet, dass derzeit Verkehrszählungen abgehalten werden und man mitten in der Evaluierungsphase stecke. Nach Vorliegen eines Ergebnisses werde er davon berichten.

- b. GR Ing. Roland König stellt an StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler die Frage, ob die Fehler des Leitsystems mittlerweile alle bereinigt werden konnten.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler teilt mit, dass es drei Leitsysteme gebe – das Parkleitsystem (bereits vollständig abgeschlossen), das Fußgängerleitsystem (zu 98 % abgeschlossen) sowie das Hotelleitsystem. Alle drei Systeme wurden miteinander entwickelt, letzteres ist jedoch Angelegenheit des Tourismusverbandes und werde derzeit noch evaluiert.

- c. GR Ing. Roland König hätte gerne aufgeklärt, warum es einen Beschluss des Stadtplatzausschusses für die Auftragsvergabe einer technischen Ausstattung für Filmvorführungen für den Extra-Filmclub gebe. Seiner Meinung nach komme dies einer Sonder-Subvention gleich.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Ausstattung Eigentum der Stadtgemeinde ist, dem Extra-Filmclub jedoch zur Verfügung gestellt werde. Dieser Ansatz wurde im Gesamtbudget immer eigens ausgewiesen und ist auch entsprechend budgetiert.

- d. StR Mag. Manfred Jenewein hält fest, dass in der Sondersitzung am Sonntag von Bgmstv. Herbert Mayer und StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler zugesichert worden ist, dass sie dem Antrag zur Venet-Sanierung die Zustimmung erteilen. Alle haben ihr Wort gehalten, bis auf die ÖVP-Gemeinderatsfraktion Landeck und verdeutlicht er, auf welche Zuverlässigkeit darauf geschlossen werden könne.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler ist der Meinung, dass er sehr wohl dafür gestimmt hat. Der Antrag des AAB beinhalte denselben Antrag, lediglich um einige Punkte erweitert. Die Zusatzbedingungen sind für den Weiterbestand des Venets unbedingt notwendig.

- e. 1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf teilt mit, dass es für ihn heute nach insgesamt 24 Jahren die letzte Gemeinderatssitzung ist und erinnert er sich gerne zurück, was in dieser Zeit alles verwirklicht werden konnte. Er bedankt sich bei allen im Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit und wünscht den verbleibenden Gemeinderäten alles Gute.

StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler bedankt sich bei Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf für seine 24-jährige politische Tätigkeit und auch bei allen scheidenden Gemeinderäten. Im Grunde war es immer ein angenehmes Arbeiten, wozu auch die ein oder anderen Konflikte gehörten.

2. Bgmstv. Herbert Mayer schließt sich der Wortmeldung an und bedankt sich in diesem Zusammenhang bei allen Mitarbeitern der Stadtgemeinde Landeck für die gute Zusammenarbeit.

GR Ing. Roland König schließt sich dem Dank ebenfalls an und bemerkt, dass die Zusammenarbeit immer eine sehr positive war und wünscht er allen wahlwerbenden Listen für die bevorstehende Gemeinderatswahl viel Glück.

GR Mag. Kurt Leitl bedankt sich bei allen Ausschuss-Obleuten für die faire Behandlung und das angenehme Klima. Er fügt hinzu, dass es nicht selbstverständlich ist, dass eine „Ein-Mann-Partei“ derart fair behandelt wird. Er hofft, dass dies weiterhin in dieser Weise fortgeführt werde.

GR Eva Lurger bedankt sich bei Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf, dem „Vater der Kultur“, der immer für sie da gewesen und hinter ihr gestanden hat. Sie spricht in ihrem Namen sowie auch im Namen des Kulturausschusses ein herzliches Danke aus und hofft, dass sie auch in Zukunft mit seiner Unterstützung rechnen darf.

StR Ing. Bernhard Wolf berichtet, dass er 18 Jahre lang Mitglied des Gemeinderates war und erinnert er sich sehr gerne an die Zeit als Jugendreferent sowie an die Anfänge der Organisation des Stadtfestes zurück. Die Arbeit im Planungsausschuss sei mehr zum „Job“ geworden und konnte den Vorstellungen für eine optimale Stadtentwicklung leider nicht immer entsprochen werde, was ihm das Öfteren die Freude genommen habe. Er bedankt sich bei allen für das angenehme Arbeiten und erwähnt, dass er in Zukunft seine Prioritäten anders setzen werde.

Der Vorsitzende bedankt sich auch bei den ausscheidenden Mandataren, teilt jedoch gleichzeitig mit, dass es Ende April/Anfang Mai eine Einladung für eine Verabschiedungsfeier geben werde, in welcher den ausgeschiedenen Mandataren der letzten Gemeinderatsperiode gedankt wird und werde es in diesem Rahmen auch entsprechende Ehrungen geben. Dieselbe Einladung werde auch dem neu gewählten Gemeinderat zukommen.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG